

Die Weimarer Republik

Einleitung

Als Mitte Januar 1933 die Staatskrise der Weimarer Republik auf ihren Höhepunkt zusteuerte, debattierte das Reichskabinett über Weißkohl, Tomaten und Käse. Es ging um die Frage, ob die Handelsverträge mit den Niederlanden oder Schweden verlängert werden oder auslaufen sollten. Liefen sie aus, waren Maßnahmen gegen den deutschen Export von industriellen Produkten zu befürchten. Angesichts der Frage, ob Adolf Hitler als Reichskanzler noch zu verhindern sei, war das auf den ersten Blick ein nebensächliches Problem. Doch es handelte sich um eine Grundsatzentscheidung, die für das Schicksal der Republik ebenso bedeutsam war wie die Auseinandersetzungen zur Jahreswende 1929/30 über die Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein Viertelprozent. Auch dieser scheinbar so geringfügige Konflikt war zu einem Wendepunkt geworden. Denn damit verband sich das Ende der Großen Koalition unter Führung der SPD, die Parteienkonstellationen im Reichstag wandelten sich grundlegend durch den Aufstieg der NSDAP, und es begann der Übergang zum autoritären Präsidialregime. 1930 war der Machtkampf zugunsten der Industrie entschieden worden, gegen die SPD und gegen die Gewerkschaften. 1933, in der Debatte über Kohl und Käse, ging es um den Machtkampf zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Die Verbände aller sozialen Großgruppen wurden in diesen Januartagen bei Reichskanzler und Reichspräsident vorstellig. Gewerkschaften und Industrie trugen in seltener Übereinstimmung die Klage vor, eine Verteuerung der Lebensmittel werde nicht nur die Not der Arbeiter erhöhen, vor allem die der sechs Millionen Arbeitslosen, sondern auch die Nachfrage nach agrarischen (wie industriellen) Produkten weiter schwächen. «Arbeiternot ist Bauerntod.» Der Hinweis auf die geringere Wertschöpfung der Landwirtschaft fehlte nicht; deren Klagen über den Außenhandel als Quelle ihrer Not wurden «auf das schärfste» zurückgewiesen. Dagegen beschworen die Agrarier die Gefahr eines weiteren Höfesterbens, den Niedergang der Landwirtschaft insgesamt, und drohten mit einer unkontrollierbaren Radikalisierung der Bauern. «Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.» Befürchtete der Ernährungsminister, dass «ganze Gebiete der Landwirtschaft [...] den Interessen der Exportindustrie zum Opfer gebracht werden», warnte ein der Industrie nahestehender Nationalliberaler vor der Illusion, «es wäre möglich, die deutsche Landwirtschaft zu retten», indem man sich allein auf den Binnenmarkt konzentriere und dabei Export und Kaufkraft zerstöre. Es gebe «nur einen Weg» aus der Krise, nämlich zunächst den industriellen Teil der Volkswirtschaft zu sanieren und damit Kaufkraft zu schaffen.

Die Agrarier setzten sich durch und stürzten die Regierung Schleicher. Von dem sich nun abzeichnenden Kabinett Hitler–Papen befürchtete die Industrie eine landwirtschaftsorientierte Autarkiepolitik und versuchte noch Anfang Februar, Hitler auf die «weitestgehende Stärkung der Exporte zwecks Arbeitsbeschaffung» festzulegen, und drohte ihm: «Erschwerung des Eintretens für Regierung, falls einseitige Agrarpolitik übertrieben wird.» Ähnlich forderte die Reichstagsfraktion der katholischen Zentrumspartei bei ihren Verhandlungen mit Hitler Ende Januar Auskunft darüber, ob er für die Stärkung des Binnenmarktes eintrete, wie sein Agrarexperte Walther Darre in einem offenen Brief an den Reichskanzler gefordert hatte, oder ob er die Notwendigkeit des Exportes auf den Weltmarkt anerkenne, wie man seinen eigenen Äußerungen entnehmen mochte. Hitler verweigerte die Auskunft.

Hinter diesen Konflikten stand die Frage, ob das Reich ein Industrie- oder ein Agrarstaat sei. Die Debatte war erstmals um 1900 geführt worden, und das Kaiserreich hatte den Konflikt obrigkeitlich zugunsten einer Parität entschieden, d.h. zugunsten der Landwirtschaft, die ihre volkswirtschaftliche Bedeutung zunehmend verlor. Die Monarchie war auf einen starken Adel angewiesen, der seine wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln auf dem Land und in der Landwirtschaft hatte – gerade in Preußen.

Die Verfassungen des 19. Jahrhunderts hatten ihm mit den Adelskammern eine exklusive Stellung reserviert. Als diese Protektion 1918 entfiel, verschob sich die Balance zwischen Industrie und Landwirtschaft nach den neuen Kriterien gesellschaftlicher Verteilungsentscheidungen zugunsten der Ersteren. Doch es zeigte sich, dass das Alte noch mächtig genug war – das Beharrungsvermögen der alten Eliten, die Dauerhaftigkeit der kollektiven Mentalitäten, die Gewohnheiten der Lebensweisen, die Langlebigkeit kultureller Deutungsmuster und ideologischer Weltinterpretationen. Zwar war der Adel 1918 fast überall seiner rechtlichen Privilegien und

seiner politischen Institutionen beraubt worden, doch nicht (bzw. kaum) seiner ökonomischen Grundlagen, seines politischen Einflusses und seiner kulturellen Hegemonie auf dem Land. Jedoch verlor die adelsdominierte Großlandwirtschaft zunehmend die Gefolgschaft der Bauern, die sich in eigenen Parteien, Bündeln und Verbänden organisierten. Tiefer noch in sich gespalten war das industrielle «Lager», da Unternehmer und Gewerkschaften zu keinem Konsens fanden, sondern sich weiter in dem tradierten Klassenkampfschema bekämpften. So entstand eine äußerst labile, vielfach gebrochene Gleichgewichtssituation zwischen den sozialen Gruppen bzw. den ökonomischen Klassen. Die diesen entsprechenden politischen Lager blockierten sich im Kampf um die politische und kulturelle Hegemonie wechselseitig. Diese Blockade schien zuletzt nur noch durch Gewalt überwindbar: von unten durch Revolution oder von oben durch Diktatur. Zu keiner Zeit in der jüngeren Geschichte Europas war eine solche Häufung gewalthafter innenpolitischer Auseinandersetzungen zu beobachten: von militanten Massenstreiks bis zum Generalstreik, von Putsch- und Revolutionsversuchen bis zum erbitterten Bürgerkrieg.

Eine Volksfront wie in Frankreich und Spanien in den 1930er Jahren war angesichts der bitteren Feindschaft zwischen SPD und KPD im Reich ausgeschlossen. Aber auch die autoritären Präsidialkabinette scheiterten an einer politischen Lösung des Konfliktes zwischen Landwirtschaft und Industrie, und zwar am erbitterten Widerstand der Ersteren. Sie waren zu sehr auf einen Ausgleich der Interessen bedacht gewesen, nicht autoritär genug. Jetzt stellte sich die Frage, wer den nächsten Versuch übernehmen sollte: ob erneut Franz von Papen oder Alfred Hugenberg oder Adolf Hitler. Die beiden Ersteren waren dezidiert proagrarisches, und Hugenberg galt als der Rücksichtsloseste, gefährlicher vielleicht noch als Hitler, der zumindest auf einen starken agrarischen Flügel in seiner Partei Rücksicht zu nehmen hatte. Im Kabinett saßen sie nach dem 30. Januar 1933 alle drei: Hitler als Kanzler, Papen als Vizekanzler, Hugenberg als Wirtschafts- und Ernährungsminister. Doch trotz dieser Konstellation und trotz symbolischer Aufwertung sah die Landwirtschaft ihre Erwartungen bald enttäuscht. Hugenberg war bereits im Juli 1933 aus dem Kabinett verdrängt, Papen folgte im Juli 1934. Spätestens mit dem Vierjahresplan 1936 war entschieden, dass der Landwirtschaft im Rahmen der Rüstungswirtschaft nur eine der Industrie nach-, gar untergeordnete Rolle zukam.

Die Weimarer Republik hatte mit der wohl schwierigsten Phase des Wandels von einer agrarisch geprägten zu einer industriekapitalistisch dominierten Gesellschaft zu kämpfen. Doch traf dies in der Zwischenkriegszeit für ganz Europa zu, vergleichbar auch für Nord- und Südamerika, selbst Teile Asiens. Diese agrarische Transition verlief vor dem Hintergrund einer raschen Abfolge konjunktureller und struktureller Krisen: von der «Großen Depression» 1873-1895 über Kriegswirtschaft, Inflation oder Deflation 1914-1920/23 bis zur Weltwirtschaftskrise 1929-1934/36.

Der Weltkrieg und die an seinem Ende stehenden Revolutionen haben diesen Wandel nicht verursacht, auch wenn die Zeitgenossen das verkürzend so interpretierten, wohl aber dramatisch beschleunigt. Dennoch: Der Erste Weltkrieg war die eigentliche Revolution, die Zwischenkriegszeit die Suche nach neuen Ordnungsmustern. In der Zwischenkriegszeit bildeten sich in Europa fünf solcher Ordnungsmuster bzw. Entwicklungspfade heraus:

1. der westeuropäische des schwierigen, aber erfolgreichen parlamentarischen Konsenses;
2. der skandinavische des parlamentarischen Ausgleichs zwischen Sozialdemokratie und Bauern;
3. der deutsch-italienische des totalitär unterdrückten Dissenses;
4. der ost- und südeuropäische der autoritären Entwicklungsdiktaturen;
5. der russische des bolschewistischen Experimentes.

Die Diktatur war – wie in vielen Staaten Europas die parlamentarische Demokratie – ein historisch neues Experiment, eine den Umständen der Zeit scheinbar angemessene Problemlösungsvariante. Als Modell galt vielfach Italien: eine «gelenkte Demokratie», wie Mussolini sie nannte, die mit den alten Eliten paktierte und für einen korporativ organisierten Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft sorgte, die im Rahmen des Systems eine gewisse Pluralität duldete, aber die Kommunisten unterdrückte, die sich auf das Militär stützte und zugleich die Akklamation des Volkes suchte. Die Bewunderung Mussolinis reichte weit bis in das liberale, selbst bis in das linke Lager hinein. Es schien vielen plausibel, die Weimarer Republik einer autoritären Präsidialdiktatur zu opfern, die sich zudem noch auf die der Weimarer Reichsverfassung immanente «Reserveverfassung» berufen konnte. Die Abfolge der Präsidialkabinette seit 1930 illustriert den Such- und Experimentierprozess nach der angemessenen Form eines autoritären Regimes. Trotz des bald nur noch

mühsam gewährten Scheins der Legalität war auch Hitler bis zum Tod Hindenburgs 1934 bemüht, sich noch im Rahmen einer «konstitutionellen Diktatur» zu bewegen.

Die deutsche Diktatur war die zehnte, die in Europa errichtet wurde. 1939 waren nur noch elf der 28 Staaten parlamentarische Verfassungsstaaten, weltweit 17 der 65 souveränen Staaten. Das deutet auf die Instabilität der 1918 etablierten politischen Systeme hin. In keinem der im Weltkrieg unterlegenen Staaten überdauerte das parlamentarische System. Die revolutionäre Transformation im Zeichen der militärischen Niederlage wurde von weiten Teilen der Bevölkerung nicht akzeptiert, und die Friedensbedingungen wirkten krisenverschärfend: die Prestige- und Statusverluste, die ökonomischen Konsequenzen, die territorialen Einbußen oder die Sezessionsbestrebungen ethnischer Minderheiten. Und auch in keinem der 1918 neu gegründeten Staaten Ost- und Südosteuropas widerstand – mit Ausnahme der Tschechoslowakei – das parlamentarische System den Belastungen des politischen und ökonomischen Staatsbildungsprozesses.

Den Diktaturerrichtungen voraus gingen offene oder latente Bürgerkriegssituationen. Der Krisenkumulation von Krieg und Kriegsfolgen, von Revolution und Staatsgründung, von agrarischer Transition und Wirtschaftskrise waren die politischen Systeme nicht gewachsen. Die Parteiensysteme zersplitterten entlang der Grenzen enger sozialer und ökonomischer Interessen. Die Parteien waren zu dauerhafter Koalitionsbildung unwillig oder unfähig und standen sich in zumeist unversöhnlichen Lagern gegenüber. Häufige Neuwahlen und Regierungsumbildungen waren die Folge. Die Institutionengefüge büßten ihre Fähigkeit zur Konfliktregulierung ein. Die Handlungsschwäche des Staates ließ große Teile der Bevölkerung rebellierend zur Selbsthilfe greifen durch Klassenkampf und Bürgerkrieg. Zwar vermochten die parlamentarischen Systeme linke Revolutionsversuche abzuwehren, nicht aber rechte «Machtergreifungen», die nach Mussolinis Vorbild meist eine Mischung aus formal-legaler Machtübertragung und illegaler Machteroberung waren.

Von vergleichbaren Krisenerscheinungen blieben auch die Sieger des Krieges oder die Neutralen nicht verschont. Obwohl England 1926, die Schweiz 1933 und Frankreich 1934 am Abgrund eines Bürgerkrieges standen, so war es doch bezeichnend für den gefestigten Grundkonsens, dass in dieser Staatengruppe Minderheitsregierungen ohne innere Destabilisierung möglich waren, vor allem in Skandinavien und England, und dass hier selbst sozialdemokratische Minderheitskabinette seit Anfang der 20er Jahre toleriert wurden. Dagegen legt die Kollaboration der Franzosen mit Marschall Petains Vichy-Regime 1940 die Annahme nahe, dass der parlamentarische Konsens dort brüchig war.

In diesem europäischen Kontext kann die Weimarer Republik nicht in erster Linie von ihrem Ende her beurteilt werden: als Vorgeschichte des Dritten Reiches, als Intermezzo zwischen autoritärem Kaiserreich und totalitärer Diktatur. Es wäre ebenso ungerechtfertigt, sie aufgrund der in der Gründungsphase «verpassten Chancen» als «schwache» Republik zu beurteilen, die mehr an den eigenen Defiziten als an dem Potenzial ihrer Gegner zerbrach. Es gab und gibt viele monokausale wie geschichtsmythische Erklärungsversuche, das Scheitern der Republik als unausweichlich, fast als selbst verschuldet zu betrachten: die unvollständige, weil «verratene» Revolution; die unvollständige Niederlage, die der «Dolchstoß»-Legende Vorschub leistete; die verfehlte Verfassungskonstruktion, die in einer «Demokratie ohne Demokraten» dem «greisen» Reichspräsidenten mit dem Notstandsartikel 48 der Verfassung eine verheerende Machtfülle zuwies; das Wahlrecht, das der Zersplitterung des Parteiensystems Vorschub leistete; die Verschwörung(en) der nicht entmachteten alten Eliten aus Adel bzw. Großlandwirtschaft, Militär oder Schwerindustrie; die überzogenen Forderungen der Gewerkschaften, die der Wirtschaft die Substanz entzogen; der überharte Frieden von Versailles, der die staatsloyalen Kräfte diskreditierte und dem Revisionismus Vorschub leistete.

Jeder dieser Faktoren war für sich nicht ursächlich für den Kollaps der Republik, sondern konnte seine Wirkung nur im Rahmen eines Ermöglichungszusammenhangs entfalten. Das war in erster Linie der schwierige, durch Kriegskosten und Kriegsniederlage zusätzlich dramatisch überlastete Prozess des Überganges von einer agrarisch geprägten zu einer industriekapitalistisch dominierten Gesellschaft. Damit war die Republik noch nicht zum Scheitern verurteilt. Aber aus europäischer Perspektive lag ihr Kollaps durchaus im Rahmen des Möglichen, des Erwartbaren – der Erfolg des Dritten Reiches dagegen nicht.